



Extrablatt EU-Verbindungsbüro Brüssel

■ Salzburg | Europa

Landtagspräsidentin Pallauf und EK-Vizepräsident Timmermans einig: Europa braucht starke Regionen	2
Landtagspräsidentin Pallauf und Landeshauptmann a.D. Schausberger vertreten das Land Salzburg bei 116. Plenartagung des Ausschusses der Regionen in Brüssel	3
Europa live! - neuer Service von Landes-Europabüro und Verbindungsbüro	4

■ Bezirke | Gemeinden

Vereinfachtes EU-Beihilfenrecht wird geprüft	5
Automatische Übersetzungen erleichtern Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen	5

■ Wirtschaft | Tourismus

Neu: Europäische Plattform für Investitionsberatung in Österreich	6
2015 ist Rekordjahr bei Übernachtungen in der EU	6
Erasmus für Jungunternehmerinnen und -unternehmer sucht Vermittlungsstellen	7

■ Land- und Forstwirtschaft

Forstwirtschaftliches Reproduktionsmaterial: neues EU-Informationssystem über gepflanzte Baumarten	8
Beihilfen für Lagerung von Milchprodukten verlängert	8

■ Bildung | Forschung

Besuchszentrum der Europäischen Kommission: Ihre Meinung ist gefragt!	9
---	---

■ Gesundheit | Soziales

EU-Parlament thematisiert hohe Jugendarbeitslosigkeit	10
EU unterstützt Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge	10
ZIKA-Virus: neue EU-Plattform informiert über Gegenmaßnahmen	11

■ Kultur | Sport

Vorausschau: „Europäische Woche des Sports“ 2016	12
--	----

■ Umwelt | Natur | Wasser

EU-weite Konsultation zur Evaluierung der Richtlinie über Umgebungslärm	13
---	----

■ Verkehr | Energie

EU-Konsultation zu Fahrgastrechten im Schienenverkehr	14
---	----

■ Allgemeine Themen

EU-weite Konsultation zur Bekämpfung der Schlepperkriminalität	15
EU und USA einigen sich auf neues transatlantisches Datenschutzabkommen	16



Landtagspräsidentin Pallauf und EK-Vizepräsident Timmermans einig: Europa braucht starke Regionen

2

Am 28. Jänner 2016 hat sich Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf in ihrer Funktion als Vorsitzende der Landtagspräsidentenkonferenz mit dem Ersten Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Frans Timmermans, getroffen, um auf höchster EU-Ebene gemeinsam mit den Präsidenten der deutschen Landtage aus Hessen, Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern sowie mit dem Tiroler Landtagspräsidenten Herwig van Staa die unterschiedlichen Möglichkeiten einer verstärkten Beteiligung der Regionen am europäischen Gesetzgebungsprozess zu erörtern.

In dem Gespräch unterstrich Landtagspräsidentin Pallauf, die Salzburg auch im Ausschuss der Regionen in Brüssel vertritt, dass die regionalen Parlamente so früh und so umfassend wie möglich im Vorfeld der Entscheidungen auf EU-Ebene miteinbezogen werden müssen. Der Erste Vizepräsident der Europäischen Kommission Frans Timmermans stimmte Landtagspräsidentin Pallauf in weiten Bereichen zu

und betonte die Wichtigkeit der Regionalparlamente besonders in Zeiten wie diesen. Die Kluft zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der EU wolle man verringern.

Die gemeinsame Forderung der fünf Landtagspräsidenten nach einem verstärkten und direkteren Kontakt zwischen der Europäischen Kommission in Brüssel und den Landtagen vor Ort wurde von Timmermans ebenfalls positiv aufgenommen: Er stimmte dem Aufbau eines regelmäßigen Kontakts zu den Landtagen zu.

Weiterführende Informationen:

http://service.salzburg.gv.at/lkorj/Index?cmd=detail_ind&nachrid=55995

und

http://service.salzburg.gv.at/lkorj/Index?cmd=detail_ind&nachrid=55986



Bildunterschrift: v.l.n.r. Präsident des Landtages von Baden-Württemberg Wilfried Klenk, Präsident des Landtages von Hessen Norbert Kartmann, Präsidentin des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern Sylvia Bretschneider, Erster Vizepräsident der Europäischen Kommission Frans Timmermans, Präsidentin des Salzburger Landtages Brigitta Pallauf, Präsident des Tiroler Landtages Herwig van Staa

Landtagspräsidentin Pallauf und Landeshauptmann a.D. Schausberger vertreten das Land Salzburg bei 116. Plenartagung des Ausschusses der Regionen in Brüssel

EU-Ratspräsident Tusk plädiert für Unterstützung der Regionen in der Migrationssituation

Von Mittwoch, 10. Februar bis Donnerstag, 11. Februar, fand die 116. Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) in Brüssel statt. Für das Land Salzburg nahmen Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf und Landeshauptmann a.D. Franz Schausberger teil.

Im Zentrum des Plenums stand einmal mehr die Migrationssituation der Europäischen Union. In einer Debatte mit EU-Ratspräsident Donald Tusk wurden Lösungen ausgelotet und besprochen. In seinen Ausführungen hob Tusk hervor, dass die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften in der Migrationssituation sowie in der nachfolgenden Integration an vorderster Front stehen und daher dringend Unterstützung brauchen. Laut dem AdR liegt die Herausforderung in der gerechten Aufteilung der Verantwortung, insbesondere in Bezug auf die Umverteilung und Neuansiedlung der Flüchtlinge, in der wirksamen Bekämpfung einer Radikalisierung und in der Erhaltung der Sicherheit in der europäischen Gesellschaft bei gleichzeitiger Achtung der Menschenrechte. Der AdR fordert alle Mitgliedstaaten zu Solidarität und gemeinsamer Verantwortung auf.

In seiner Wortmeldung nahm Landeshauptmann a.D. Schausberger mit Befriedigung das klare Bekenntnis von EU-Ratspräsident Tusk zum Regionalismus und zur Dezentralisierung zur Kenntnis. Schausberger stellte allerdings fest, dass in Europa derzeit leider eine gegenteilige Entwicklung zu beobachten sei. Er unterstrich auch die Aussage Tusks, dass alles Schlechte in der Europäischen Geschichte im Wesentlichen aus dem Zentralismus, dem Nationalismus und der Gleichschaltung gekommen sei. Wenn die Regionen und Kommunen immer wieder als „Troubleshooter“ etwa in der Flüchtlingsfrage oder in der Integration auftreten sollen, dann müssen sie auch die politischen, administrativen und wirtschaftlichen Kapazitäten und Kompetenzen erhalten. Landeshauptmann a.D. Franz

Schausberger drückte daher den Wunsch aus, dass seitens der EU ein deutlicheres Bekenntnis zum Regionalismus gegenüber den Mitgliedstaaten und Beitrittsländern zum Ausdruck gebracht werden müsse.

Neben Stellungnahmen wie z.B. zur Innovation und Modernisierung der ländlichen Wirtschaft, nahmen die Regionalvertreterinnen und Regionalvertreter auch eine EntschlieÙung zum Schengen-Raum an. Hier hält es der AdR für notwendig, dass die Einreise in die EU legal und mit Registrierung erfolgt, sowie, dass mehr Mittel für die Sicherung der EU-Außengrenzen und die Gewährleistung einer geordneten Einreise der Menschen in die EU bereitgestellt werden müssen.



Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf und Landeshauptmann a.D. Franz Schausberger

Weiterführende Informationen:

<http://cor.europa.eu/de/events/Pages/116th-corporation-session.aspx>

und

https://www.youtube.com/watch?v=2mH6CWotTVM&index=8&list=PLhUJ26iqpEfaFwd1_91H3B5EacZ7U2nxP

Europa live! - neuer Service von Landes-Europabüro und Verbindungsbüro

Seit Kurzem stellen das Landes-Europabüro Salzburg/Verbindungsbüro Brüssel auf den Europa-Seiten des Landes einen neuen Service für interessierte Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung: Auf der Themenseite „*Europa live!*“ können Sie die aktuellen Plenar- und Ausschussdebatten im Europäischen Parlament in Straßburg und Brüssel per Liveübertragung im In-

ternet verfolgen. Die aktuellen Sitzungstermine und Links zu den Tagesordnungen werden auf der neuen Themenseite „Europa live!“ laufend bekanntgegeben.

Weiterführende Informationen:

<http://www.salzburg.gv.at/themen/europa/europa-live.htm>

Vereinfachtes EU-Beihilfenrecht wird geprüft

Bis 6. April 2016 können EU-Bürgerinnen und EU-Bürger, Organisationen und öffentliche Einrichtungen über ihre Erfahrungen mit dem vereinfachten Verfahren für die Würdigung bestimmter Kategorien staatlicher Beihilfen berichten. Die Anregungen aus der EU-weiten Umfrage will die EU-Kommission für ihre Prüfung der seit 2009 geltenden EU-Gesetzgebung zum *vereinfachten Verfahren im Bereich des Beihilfenrechtes* berücksichtigen.

Das 2009 eingeführte vereinfachte Verfahren sieht eine raschere Genehmigung von staatlichen Unterstützungsmaßnahmen vor, indem Kategorien bestimmt werden, zu denen lediglich die Vereinbarkeit mit dem Binnenmarkt von der Kommission überprüft werden muss. Von diesem vereinfachten Verfahren erfasst werden beispielsweise Beihilfen für innovative Unternehmen oder Leistungen, die den kulturellen Sektor oder die lokale Infrastruktur betreffen.

Nach der Überarbeitung der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (vgl. *Extrablatt Nr. 87*, S. 6) und

der Beihilfeleitlinien im Rahmen der Modernisierung des Beihilfenrechts erscheint nun die Überarbeitung der Mitteilung erforderlich, um die neuen materiellrechtlichen Vorschriften zu berücksichtigen. Mit der vorliegenden Konsultation sollen Stellungnahmen der Mitgliedstaaten und anderer Interessenträgerinnen und -träger zu ihren Erfahrungen mit der Durchführung der Mitteilung in den letzten sechs Jahren eingeholt werden.

Bei der vorliegenden Konsultation handelt es sich um eine REFIT-Initiative.

Direktlink zur Konsultation:

http://ec.europa.eu/competition/consultations/2016_simplified_procedure/index_en.html

Die Einreichfrist endet am **6. April 2016**.

s. auch *Infosheet Nr. 173 vom 1. Februar 2016 Start der neuen REFIT-Plattform für eine „schlankere“ EU-Gesetzgebung*

5

Automatische Übersetzungen erleichtern Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen

Ein automatischer Online-Übersetzungsservice für öffentliche Ausschreibungen wurde am 15. Jänner 2016 von der Europäischen Kommission eingeführt.

Auf die öffentlichen Ausschreibungen am europäischen Markt kann über „*Tenders Electronic Daily*“ (TED) zugegriffen werden, die Übersetzung der Ausschreibungen wird in allen Amtssprachen der EU angeboten. Mit dieser Maßnahme wird insbesondere klei-

nen und mittelgroßen Betrieben (KMU) die Teilnahme an grenzüberschreitenden Ausschreibungen erleichtert und somit eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit im EU-Binnenraum sowie in Drittstaaten ermöglicht.

Direktlink zur Ausschreibungsdatenbank TED:

<http://ted.europa.eu/TED/misc/chooseLanguage.do>

Neu: Europäische Plattform für Investitionsberatung in Österreich

6

Am 29. Jänner 2016 haben die Europäische Investitionsbank (EIB) und die Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws) in Wien ein so genanntes „Memorandum of Understanding“ unterzeichnet. Die Einigung ermöglicht es der Förderbank des Bundes aws, zukünftig als nationaler „Entry Point“ der *Europäischen Plattform für Investitionsberatung* (EIAH) zu agieren und die beratenden und technischen Leistungen stärker zusammenzuführen.

Seit der Finanzkrise 2008 hat die Investitionstätigkeit in der EU stark abgenommen, und befindet sich nach wie vor auf einem niedrigen Stand. Als Reaktion darauf wurde von der Europäischen Kommission die *Investitionsoffensive* - auch Juncker-Plan genannt - entwickelt, mit der Investitionshindernisse beseitigt und Investorinnen und Investoren auf verschiedene Weisen unterstützt werden sollen. Die Investitionsoffensive soll Finanzmittel mobilisieren, Investitionen in die Realwirtschaft fördern und ein investitionsfreundliches Umfeld schaffen.

Maßgeblich hierfür ist der *Europäische Fonds für strategische Investitionen* (EFSI) in Kombination mit der Europäischen Plattform für Investitionsberatung (EIAH). Der EFSI dient dazu, finanzielle Mittel für Projekte bereitzustellen, die langfristigen Nutzen für Wirtschaft und Gesellschaft bringen, insbesondere wenn diese aus mangelnder Risikobereitschaft vom Privatsektor nicht finanziert werden. Über die EIAH sollen Investoren und Projektträger bei der Projektfindung, -entwicklung und -vorbereitung unterstützt werden. Damit werden beratende und technische Dienstleistungen im Bereich der Investitionstätigkeit gebündelt.

Direktlink zur EIAH:

<http://www.eib.org/eiah/support/faq.htm>

Weiterführende Informationen

<http://www.awsg.at/Content.Node/presse/4203.de.php>

2015 ist Rekordjahr bei Übernachtungen in der EU

Nach neuesten Hochrechnungen von Eurostat ist 2015 ein Rekordjahr für Übernachtungen in der EU. Mit rund 2,8 Milliarden Übernachtungen verzeichnet die EU-Statistik ein Zuwachs um 3,2 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Für 2015 hat Spanien (421 Mio. Übernachtungen bzw. +4,3 % gegenüber 2014) seine Spitzenposition in Hinblick auf die Anzahl der Übernachtungen ausgebaut, gefolgt von Frankreich (413 Mio. bzw. +2,8 %), Italien (385 Mio. bzw. +1,8 %) und Deutschland (379 Mio. bzw. +3,3 %).

Nach Malta (96 %) und Zypern (94 %) verbuchten Kroatien (92 %), Griechenland (79 %) und Österreich (71 %)

2015 die höchsten Anteile an Übernachtungen von Nichtinländern, während Polen und Rumänien (wo jeweils 19 % aller Übernachtungen auf Nichtinländer entfielen) sowie Deutschland (21 %) und Schweden (25 %) die niedrigsten Anteile meldeten.

Weiterführende Informationen:

<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/7145056/4-26012016-AP-DE.pdf/b27a9f69-caa1-4f97-a3ba-6cc0c5a62b20>

Salzburger Tourismus-Statistik:

<http://www.salzburg.gv.at/tourismusstatistik>

Erasmus für Jungunternehmerinnen und -unternehmer sucht Vermittlungsstellen

Im Rahmen des EU-weiten Austauschprogrammes „Erasmus für junge Unternehmerinnen und Unternehmer“ wird nach Vermittlungsstellen gesucht, die in der Unterstützung von Unternehmen tätig sind. Gefördert werden sollen transnationale Vereinigungen für langfristige Partnerschaften. Das bereits bestehende Netzwerk aus Vermittlungsstellen für lokale Unternehmerinnen und Unternehmer soll ausgebaut werden.

Erfolgreiche Anträge münden in eine Partnerschaftsrahmenvereinbarung für den Zeitraum von 2016 bis 2021.

Antragsberechtigt sind öffentliche und private Einrichtungen, die in Wirtschafts- oder Unternehmensangelegenheiten tätig sind, wie z.B.:

- öffentliche und private Einrichtungen mit Bezug zu Unternehmen
- regionale Entwicklungsagenturen

- Unternehmensvereinigungen und -netzwerke
- Wirtschaftskammern und vergleichbare Institutionen
- Berufsbildungseinrichtungen

Angestrebt werden Partnerschaften von 5 bis 10 Mitgliedern, die aus 5 EU-Mitgliedstaaten kommen sollen.

Die Einreichfrist endet am **5. April 2016**.

Weiterführende Informationen

<https://ec.europa.eu/easme/en/cos-eye-fpa-2016-4-01-erasmus-young-entrepreneurs>

https://ec.europa.eu/easme/sites/easme-site/files/documents/call_for_proposals_erasmus_young_entrepreneurs_2016.pdf

Forstwirtschaftliches Reproduktionsmaterial: neues EU-Informationssystem über gepflanzte Baumarten

8

Die geplante Errichtung einer EU-weiten Liste von forstwirtschaftlich zugelassenen gepflanzten Baumarten, basierend auf den nationalen Listen der Mitgliedstaaten, ist nun vollendet: Seit dem 25. Jänner 2016 ist das neue „*Forest Reproductive Material Information System*“ (FOREMATIS) der Kommission online. Zusätzlich zu der EU-Liste der zugelassenen gepflanzten Baumarten bietet das öffentlich zugängliche FOREMATIS die Möglichkeit des Datenzugriffs für Forstzüchterinnen und -züchter, Kunstgärtnerinnen und -gärtner, Expertinnen und Experten sowie für die breite Öffentlichkeit.

Forstwirtschaftliches Reproduktionsmaterial (Samen, Setzlinge, Blätter und Wurzelschnitte) mit einem offiziellen Zertifikat, das von den zugelassenen Baumarten stammt, kann in der gesamten EU vermarktet werden. FOREMATIS bietet Informationen über den Herkunftsort und die Typisierung der Baumarten, die für die Produktion von hochwertigem und diversifiziertem reproduktiven Material

wichtig sind. Auf diese Weise sollen die Stabilität, Anpassungsfähigkeit und Widerstandskraft der europäischen Wälder in Bezug auf die zukünftigen Herausforderungen des Klimawandels und der Globalisierung des Handels nachhaltig sichergestellt werden.

FOREMATIS listet momentan fast 94.000 Einträge von gepflanzten Baumarten auf. Mit dem neuen System wird es Mitgliedstaaten ermöglicht, ihre eigenen Listen auf der Webseite der Kommission zu publizieren.

Direktlink zur Datenbank:

http://ec.europa.eu/forematis/frm_selection.html

(nur auf Englisch verfügbar)

Weiterführende Informationen:

<http://ec.europa.eu/forematis>

(nur auf Englisch verfügbar)

Beihilfen für Lagerung von Milchprodukten verlängert

Die Europäische Kommission hat am 29. Jänner 2016 die Beihilfen für die private Lagerung von Butter und Magermilchpulver, die seit Sommer 2014 laufen, erneut verlängert.

Die Beihilfen dienen der Unterstützung von landwirtschaftlichen Betrieben, die von den Importstopps durch Russland betroffen sind.

Weiterführende Informationen:

http://europa.eu/rapid/press-release_MEX-16-191_en.htm

Direktlink zum Merkblatt „Private Lagerhaltung von Magermilchpulver“:

https://www.ama.at/getattachment/d9cdd1b8-a653-4f97-ada8-777760d0f3f0/Merkblatt_PLMMP_2015.pdf

Direktlink zum Merkblatt „Private Lagerhaltung von Butter“:

https://www.ama.at/getattachment/c0685afc-6663-4e15-949b-bb9ad6b31e32/Merkblatt_PLB_2015.pdf

Besuchszentrum der Europäischen Kommission: Ihre Meinung ist gefragt!

Die Europäische Kommission führt aktuell eine öffentliche Konsultation zur Bewertung ihres Besucherzentrums in Brüssel durch. Ziel der Befragung ist es, eine umfassende Beurteilung über die Funktionsweise des Besucherzentrums der Europäischen Kommission zu erhalten. Die Kommission hofft weiters auf Anregungen zu Verbesserungsmöglichkeiten aus der Sicht ihrer Besucherinnen und Besucher.

Die Einreichfrist endet am **26. April 2016**.

Direktlink zur Konsultation:

http://ec.europa.eu/dgs/communication/take-part/consultations/consultation-visitors-centre_de.htm

Das Salzburger EU-Verbindungsbüro in Brüssel arbeitet eng mit dem Besucherzentrum der Europäischen Kommission zusammen und organisiert regelmä-

ßig Besuche in die Einrichtungen der EU2015 haben insgesamt 14 Gruppen, darunter zahlreiche Salzburger Schulen, die Universität Salzburg und andere Gruppen aus Salzburg, das EU-Verbindungsbüro in Brüssel besucht.

Für schulische Europa-Projekte mit Exkursionen können zudem Zuschüsse zu Aufenthalts- und Reisekosten aus Landesmitteln beim Landes-Europabüro beantragt werden.

Informationen zur Förderung von EU-Schulprojekten:

<http://www.salzburg.gv.at/themen/europa/schul-eu-projekte.htm>

Kontakt für Rückfragen: bruessel@salzburg.gv.at

EU-Parlament thematisiert hohe Jugendarbeitslosigkeit

10

Am 19. Jänner 2016 hat das Europäische Parlament eine Entschließung über bildungs- und ausbildungspolitische Maßnahmen zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit beschlossen, in der die EU-Abgeordneten Bildung und Ausbildung sowie die Beschäftigung junger Menschen als oberste politische Priorität der EU definieren und Lösungsvorschläge zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit präsentieren.

Als wesentliche Ursachen für die nach wie vor hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa werden vom Europäischen Parlament der Mangel an geeigneten Qualifikationen für offene Arbeitsstellen sowie das Missverhältnis zwischen Schul- und Ausbildungswesen erkannt. Auf der Suche nach einem Arbeitsplatz stoßen junge Menschen häufig auf hohe strukturelle Hürden, obwohl sie tendenziell einen höheren Bildungsgrad aufweisen und besser qualifiziert sind.

Einen wichtigen Ansatz zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit sieht das Europäische Parlament in der Schaffung langfristigen Wirtschaftswachstums, mit dem hochwertige Arbeitsplätze geschaffen wer-

den. Hier soll insbesondere die *Investitionsoffensive* der Europäischen Kommission greifen, mit der neue Arbeitsplätze in zukunftsweisenden Arbeitsfeldern geschaffen werden sollen. Das Europäische Parlament spricht sich zudem für eine Einbindung von Vertreterinnen und Vertretern aus dem Bildungswesen, der Arbeitsvermittlungsstellen und der Arbeitgeberseite aus, um der für Jugendliche besonders schwierigen Situation am Arbeitsmarkt besser zu begegnen.

Die Entschließung im Wortlaut:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P8-TA-2016-0008&language=DE&ring=A8-2015-0366>

Weiterführende Informationen:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1036&langId=de>

s.a. *Infosheet Nr. 175 vom 5. Februar 2016 - EU-weite Konsultation zur Förderung der Mobilität junger Arbeitskräfte innerhalb der EU*

EU unterstützt Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge

Mit insgesamt 5,6 Mio. EUR unterstützt die Europäische Kommission vier Projekte zur Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen in den EU-Staaten. Unter den ausgewählten Projekten befindet sich das *European Refugee Human Movement and Advisory Network* (EUR-HUMAN), welches in Kooperation mit europäischen Universitäten - darunter die Medizinische Universität Wien - durchgeführt wird.

Ziel von EUR-HUMAN ist es, die Kapazitäten der Mitgliedstaaten hinsichtlich der Aufnahme von Flüchtlingen im Gesundheitswesen zu erweitern und grenzüberschreitende Gesundheitsrisiken zu verringern. Hierzu sollen die vergangenen Erfahrungen, die international und in Europa bereits gemacht wurden,

systematisch geprüft werden, um Verbesserungen in diesem Bereich zu erzielen. Im Zentrum des Projekts stehen der Zeitraum unmittelbar nach der ersten Ankunft sowie die längerfristige Versorgung derer, die in den EU-Gastländern bleiben.

Website des EUR-HUMAN-Projekt:

<http://eur-human.uoc.gr/>

Liste der Projektpartner:

http://ec.europa.eu/chafea/documents/health/migratory-pressure_en.pdf

(s. dort S. 3)

ZIKA-Virus: neue EU-Plattform informiert über Gegenmaßnahmen

Mit 1. Februar 2016 hat die Europäische Kommission eine zentrale Informationsseite zur Bekämpfung des ZIKA-Virus, der sich seit Mai 2015 in Lateinamerika und der Karibik verbreitet, lanciert. Grundlage für die zentrale Informationsplattform zum ZIKA-Virus ist eine enge Zusammenarbeit der Europäischen Kommission mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO).

Auf der Webseite stellt die Europäische Kommission aktuelle Informationen für das Fachpublikum (darunter Risikoanalysen, kartographische Darstellung zur Verbreitung des Virus), Reiseinformationen für die breite Öffentlichkeit und eine *Hotline für Medienvertreterinnen und -vertreter* zur Verfügung.

Ein *Informationsvideo*, das auch auf Deutsch aufgerufen werden kann, zeigt, wie die EU dank der weit vorangeschrittenen grenzüberschreitenden Zusam-

menarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten (darunter Informationsaustausch und gemeinsames Frühwarnsystem) bereits jetzt erfolgreich gemeinsam gegen Gesundheitsgefährdungen in den unterschiedlichsten Bereichen vorgeht.

Weiterführende Informationen:

http://ec.europa.eu/health/zika/index_en.htm

(nur auf Englisch verfügbar)

Direktlink zur Medienhotline:

http://ecdc.europa.eu/en/press/media_contact/Pages/media_contact.aspx

Direktlink zum Informationsvideo auf Deutsch:

<http://ec.europa.eu/avservices/video/player.cfm?ref=115268&sitelang=en&videolang=DE>

Vorausschau: „Europäische Woche des Sports“ 2016

Heuer findet die Europäische Woche des Sports zum zweiten Mal statt. Ziel der EU-weiten Sportaktionswoche, die am 10. September 2016 von EU-Sportkommissar Navracsics eröffnet werden wird, ist es, die aktive Teilnahme am Breitensport zu fördern.

12

Die Aktionen im Rahmen der Europäischen Woche des Sports im September 2016 werden dezentral in allen Mitgliedstaaten und ihren Regionen organisiert und auch heuer wieder mit Mitteln aus dem EU-weiten Förderprogramm für Bildung und Sport „Erasmus+“ gefördert.

Weiterführende Informationen:

http://ec.europa.eu/sport/news/documents/ewos-2016-factsheet_en.pdf

(derzeit nur auf Englisch verfügbar)

Europäische Woche des Sports in Österreich:

<http://www.beactive-austria.at/de>

EU-weite Konsultation zur Evaluierung der Richtlinie über Umgebungslärm

Lärmbelästigung wurde von der Weltgesundheitsorganisation (WHO), gleich nach Luftverschmutzung, als zweitwichtigste umweltbedingte Ursache für Gesundheitsprobleme anerkannt. Um Lärmbelästigung durch Verkehr und Industrie zu regeln, wurde die EU-Richtlinie über Umgebungslärm erlassen. In dieser wird festgelegt, dass die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet sind, gemeinsam an der Eindämmung des Umgebungslärms zu arbeiten, indem Lärmkarten verfasst und Aktionspläne zur Lärmvermeidung ausgearbeitet werden.

Die Konsultation über die geltende EU-Richtlinie dient nun der umfassenden Bewertung der bestehenden Gesetzgebung, um weiterhin Verbesserungen für EU-Bürgerinnen und EU-Bürger im Bereich der Lärmvermeidung verwirklichen zu können.

Mit ihrer EU-weiten Erhebung wendet sich die Europäische Kommission insbesondere an Ämter und Behörden, Nichtregierungsorganisationen, relevante Interessenträgerinnen und -träger, sowie alle interessierten Bürgerinnen und Bürger.

Die Einreichfrist endet am **28. März 2016**.

[Hier geht es direkt zum Fragebogen.](#)

Weiterführende Informationen:

http://ec.europa.eu/environment/consultations/noise_2015_en.htm

Ausblick auf die weiteren Schritte der Kommission:

http://ec.europa.eu/smart-regulation/roadmaps/docs/2016_env_065_noise_evaluation_en.pdf

EU-Konsultation zu Fahrgastrechten im Schienenverkehr

14

Um die Qualität des Eisenbahnverkehrs zu verbessern, wurde im Jahr 2007 eine Verordnung über Fahrgastrechte erlassen. In ihr werden die Grundrechte von Passagieren definiert, die auf Reisen in der EU gelten. Dies betrifft beispielsweise das Recht auf leicht zugängliche Informationen über Verspätungen, Fahrpläne, Fahrpreise und dergleichen, die Haftung bei Beschädigung von aufgegebenem Gepäck und das Recht auf Entschädigung bei Verspätungen und Zugausfällen.

Um eine weitere Verbesserung im Personenverkehr voranzutreiben, will die Kommission nun die Meinungen von EU-Bürgerinnen und -Bürgern, von relevanten Organisationen, von Behörden und Ämtern sowie von Vertreterinnen und Vertretern der Branche einholen.

Der Fragebogen ist nur auf Englisch verfügbar, Antworten können jedoch auch auf Deutsch eingereicht werden.

Die Einreichfrist endet am **5. Mai 2016**.

Direktlink zur Konsultation

http://ec.europa.eu/transport/themes/passengers/consultations/2016-02-03-rail-rights-and-obligations_en.htm

EU-Verordnung über Fahrgastrechte im Eisenbahnverkehr

<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=URISERV:l24003&from=DE>

EU-weite Konsultation zur Bekämpfung der Schlepperkriminalität

Die Europäische Kommission lädt alle involvierten Stakeholder sowie Interessierte und Betroffene zur Teilnahme an einer Online-Konsultation zur Überarbeitung der europäischen Strategie gegen Schlepperei und Menschenmuggel ein. Die Kommission erhofft sich Beiträge von einer möglichst breiten Öffentlichkeit, insbesondere von:

- Behörden und Ämtern (nationalen Migrations- und Grenzkontrollen, konsularischen Abteilungen, Polizeibehörden, Rechtsabteilungen, Asyl- oder Fremdenbehörden);
- internationalen Organisationen, Nichtregierungsorganisationen, Think-Tanks etc., insbesondere wenn diese im Bereich Migration und Menschenrechte tätig sind;
- Transportunternehmen (Schienen-, Straßen-, See-, und Lufttransport);
- wissenschaftlichen Einrichtungen;
- betroffenen Privatpersonen, die in die EU eingewandert sind, bzw. Personen, die in die EU geflüchtet sind, sowie von allen interessierten Bürgerinnen und Bürger.

Ziel ist es, ein breit gefächertes Meinungsbild zu erfassen zu Fragen wie:

- der Definition der Straftat zur Beihilfe zu illegalem Grenzübertritt, Transit und Aufenthalt;
- den Ausnahmeregelungen für jene, die freiwillig humanitäre Hilfe für schutzbedürftige Personen leisten;
- dem Strafmaß; oder auch
- den Möglichkeiten zur Beschlagnahme von Vermögenswerten von Schlepper/innen.

Die Antworten auf die EU-weite Umfrage will die Kommission für ihre Bewertung der geltenden EU-Rechtsgrundlage zum Schlepperwesen und Menschenmuggel und im Zuge möglicher Verbesserungsvorschläge auf EU-Ebene berücksichtigen.

Die Einreichfrist endet am **6. April 2016**.

Direktlink zum Fragebogen:

<https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/Migrant-smuggling-2016>

(nur auf Englisch verfügbar)

Weiterführende Informationen:

http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-is-new/public-consultation/2015/consulting_0031_en.htm *(nur auf Englisch verfügbar)*

EU und USA einigen sich auf neues transatlantisches Datenschutzabkommen

16

Am 2. Februar 2016 haben die Europäische Kommission und die USA ein neues Abkommen zum transatlantischen Datenaustausch vereinbart. Zuvor wurde der transatlantische Datenaustausch über das „Safe Harbour“-Abkommen geregelt. Dieses Abkommen war jedoch im Oktober 2015 vom Europäischen Gerichtshof im Hinblick auf den Schutz der persönlichen Daten aus Europa als unzureichend bewertet und aufgehoben worden. Geklagt hatte der aus Salzburg kommende Jurist Maximilian Schrems.

Der neue transatlantische „Schutzschild für die Privatsphäre“ soll einen sicheren Umgang mit privaten europäischen Daten in den USA gewährleisten. Im

Abkommen inkludiert sind strenge Vorschriften für U.S.-Unternehmen hinsichtlich des Schutzes von persönlichen Daten, sowie umfassende Schutz- und Transparenzgebote für die U.S.-Regierung. Zusätzlich soll EU-Bürgerinnen und -Bürgern die Möglichkeit zur Schadenersatzforderung eingeräumt werden.

Weiterführende Informationen

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-216_de.htm

Presseaussendung des EuGH:

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2015-10/cp150117de.pdf>

Impressum

Land Salzburg, Büro Brüssel,
Rue Frédéric Pelletier 107, B-1030 Brüssel,
T: +32 2 74 30 760, F: +32 2 74 30 761, F intern: 3306,
E: bruessel@salzburg.gv.at

http://www.salzburg.gv.at/themen/europa/landes-europabuero_verbindungsbuero.htm

Redaktionelle Leitung: Michaela Petz-Michez
Redaktion: Maren Kuschnerus und Maximilian Flesch

Layout: Land Salzburg, Grafik, 5020 Salzburg

Redaktionsschluss: 15. Februar 2016

Offenlegung gem. Mediengesetz § 25

Medieninhaber: Land Salzburg (100%)

Blattlinie: Informationen aus den Institutionen der EU, insbesondere mit Salzburg-Bezug.